



Landtagswahlprogramm der NPD Saar

1. Grundsätze für Staat und Politik

Saarland zuerst! Natürlich deutsch!

Die verhängnisvolle Asylpolitik von Kanzlerin Angela Merkel hat auch das Saarland mit einer wahren Welle von Ausländern überzogen. Nicht wenige dieser Fremden sind Islamisten. Hierdurch werden wir Deutschen ständig wachsenden Gefahren ausgesetzt – sowohl was den Verlust unserer kulturellen Identität anbelangt als auch im Hinblick auf die innere Sicherheit. Deutsche Frauen sind in vielen Großstädten bereits zu Freiwild geworden, wie die Kölner Silvesternacht 2015/2016 eindrucksvoll gezeigt hat. Hiermit muss endlich Schluss sein! Deutschland muss das Land der Deutschen bleiben!

Sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber / Schluss mit der Massenzuwanderung!

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben werden. Wer nicht in seiner Heimat politisch verfolgt ist, hat keinen Anspruch auf Asyl. Die multikulturellen Gutmenschen betreiben eine Politik gegen das eigene Volk. Die ungehemmte Einwanderungs- und Überfremdungspolitik ist rigoros zu beenden. Die Landesaufnahmestelle in Lebach stellt eine Zumutung für sämtliche deutschen Einwohner der Stadt dar und ist unverzüglich zu schließen.

Ehrlich deutsch statt Multi-Kulti auf Pump!

Infolge einer katastrophalen Politik der Altparteien hat unser Bundesland heute einen gigantischen Schuldenberg von über 12 Milliarden Euro angehäuft. Hinzu kommen die hoch verschuldeten Städte und Gemeinden, wobei allein die Landeshauptstadt mit weit über einer Milliarde Euro in der Kreide steht. Die Nationaldemokraten fordern eine nachhaltige Entschuldung, um die Handlungsfähigkeit des Landes zu gewährleisten. Nach dem Aufbau Ost brauchen wir jetzt eine Entschuldung in weiten Teilen Westdeutschlands. Auch infolge der desaströsen Verschuldung können wir uns keine weiteren Asylbewerber leisten.

Das Kreuz bleibt!

Die NPD tritt mit Nachdruck für den Erhalt unserer christlich-abendländischen Kultur ein und spricht sich entschieden gegen die Entfernung der Kreuze aus Gerichts- und Schulsälen aus. Auch die traditionellen Weihnachtsmärkte und St.-Martins-Umzüge sind vielen Zugewanderten ein Dorn im Auge. Grundsätzlich muss daher gelten: **Wer zu uns kommt, hat sich uns anzupassen und eben nicht umgekehrt!**

Konsequentes Burkaverbot!

Der Verschleierung von Frauen im öffentlichen Raum ist Einhalt zu gebieten. Die Diskriminierung von Frauen ist mit unserer kulturellen Tradition unvereinbar und wird nicht einmal vom Koran selbst gefordert. Sie ist vielmehr Ausdruck eines frauenfeindlichen Islamismus, der in unserem christlich-abendländischen Kulturraum nicht toleriert werden darf.

Ausbau der Polizei statt weiterer Dienststellenschließungen!

Nicht nur die Einbruchskriminalität ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Der gleichzeitige Personalabbau bei der Polizei führt daher zu erheblichen Sicherheitsrisiken. Auch ist die Polizei vor Ort wichtig. Weitere Dienststellenschließungen darf es nicht geben. Stattdessen sollte mit einem Sonderprogramm die Zahl der Polizisten deutlich erhöht werden. Der aufgelaufene unerträglich hohe Überstundenberg ist abzubauen.

Mehr direkte Demokratie wagen!

Die extrem hohen Hürden für Volksabstimmungen sind auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Bei Volksentscheiden steht unser Bundesland auf dem letzten Platz, weil die Herrschenden Angst vor dem eigenen Volk haben und es lieber politisch bevormunden, anstatt es selbst entscheiden zu lassen. Dies ist zu ändern. Bei wichtigen Fragen müssen die Bürger mehr Mitspracherechte erhalten – sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene.

Erhalt der Eigenständigkeit des saarländischen Rundfunks!

Gerade der saarländische Rundfunk hat erheblichen Anteil an der Identitätsbildung an der Saar. Die Eigenständigkeit darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Allerdings ist für eine

politisch unabhängige und ausgewogene Berichterstattung zu sorgen. Der Einfluss der Parteien auf den Rundfunk ist zu begrenzen.

2. Für ein sozial gerechtes Saarland!

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen von 1.000 € für jeden Deutschen!

Für Asylbewerber werden pro Monat mehr als 1.000 € benötigt. Es ist somit nur recht und billig, für jeden Deutschen ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Immer mehr Deutsche leben unter der Armutsgrenze und viele Hartz-IV-Empfänger werden von den Behörden regelrecht gegängelt und vorgeführt. **Die Diskriminierung von Deutschen im eigenen Land muss endlich beendet werden!**

Mit einem Grundeinkommen können etliche Verwaltungsapparate verschlankt und erhebliche Gelder eingespart werden.

Gleichbehandlung aller deutschen Mütter bei der Rente!

Es ist ein Skandal, dass unsere Mütter bei der Berechnung ihrer Rente nach wie vor ungleich behandelt werden. Für Kinder, die vor 1995 geboren wurden, wird ihnen nur die Hälfte des Geldes bewilligt, das für Kinder ab diesem Zeitpunkt zugrunde gelegt wird. Die Diskriminierung der Mütter, welche Kinder vor 1995 geboren haben, ist zu beenden.

Kostenloses Mittagessen an allen Schulen im Saarland!

Das Land hat Vorkehrungen zu treffen, damit an allen Schulen im Saarland die Kinder ein kostenloses und gesundes Mittagessen erhalten. Ein Verbot von Bratwürsten, Schnitzel und Lyoner aus Gründen „religiöser Rücksichtnahme“ auf Muslime darf es nicht geben. Gerade im Hinblick auf die Ernährung mit sogenanntem „Fast-Food“ bei vielen Schülern ist ein kostenloses traditionelles Mittagessen eine geeignete Gegenmaßnahme.

Gebührenfreiheit bei Kindergärten und Kitas!

Das Saarland steht im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei der Geburtenrate an letzter Stelle. Die Eltern hierzulande müssen viel zu viele Kosten für ihre Kinder selbst tragen. Es ist deshalb ein Gebot der Stunde für kostenfreie KITA -und Kindergartenplätze zu sorgen.

Die Eltern müssen deutlich entlastet werden. Zum Rechtsanspruch auf entsprechende Plätze muss die Kostenfreiheit hinzutreten.

Keine weiteren Schulschließungen!

Die bisherige falsche Politik führte nicht nur zu einem Kindermangel, sondern auch zu vermehrten Schließungen von Schulen im gesamten Saarland über die Köpfe der Eltern hinweg. Im Landtag wird es mit der NPD zu keinen weiteren Schulschließungen kommen. Wir werden beantragen, bereits geschlossene Schulen, wieder zu öffnen.

Lernmittelfreiheit an allen saarländischen Schulen!

Die Lehr- und Lernmittel sind an den Schulen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Diese Praxis gibt es bereits in etlichen Bundesländern und hat sich dort seit Jahren nachhaltig bewährt.

Erhalt der Schwimmbäder!

Immer mehr öffentliche Schwimmbäder werden nach und nach geschlossen. Dieser Trend ist sofort zu stoppen. Gerade finanzschwache Bürger können sich die Kosten in den teuren Spaßbädern nicht leisten. Der Erhalt der öffentlichen Bäder muss vom Land gesichert werden. Viele Deutsche können sich heute keinen Urlaub mehr leisten, deshalb ist der Erhalt öffentlicher Schwimmbäder besonders wichtig.

Dispozinsen auf 3 % begrenzen!

Viele Bürger kommen nur noch über die Runden, indem sie teure Dispokredite in Anspruch nehmen. Hier betreiben die Finanzinstitute und Sparkassen eine regelrechte Abzocke. Dispozinsen von über 10 % sind keine Seltenheit. Gerade öffentliche Kreditinstitute dürfen sich nicht an der wirtschaftlichen Not der Bürger bereichern.

Schluss mit den Funklöchern – Einführung kostenloser WLAN-Hotspots!

Seit einiger Zeit plant der Bundesgesetzgeber die Abschaffung der sogenannten Störerhaftung für die Inhaber offener WLAN-Netze. Damit fallen zukünftig viele juristische Hürden für das Betreiben ungesicherter WLAN-Netze weg. Diese sich abzeichnende Änderung der Rechtslage bietet auch und gerade für das Saarland große Chancen, denn bekanntlich ist der Mobilfunkempfang in vielen kleineren Gemeinden äußerst dürftig. Die

saarländischen Nationaldemokraten fordern daher die flächendeckende Einführung von kostenlosen WLAN-Hotspots an öffentlichen Plätzen sowie in öffentlichen Gebäuden.

3. Verkehrspolitik vernünftig gestalten!

Ausbau der Saarbahn!

Das Streckennetz der Saarbahn sollte zielstrebig weiter ausgebaut werden. So muss zur Entlastung des Verkehrs in der Landeshauptstadt endlich die Achse St. Ingbert-Völklingen und der Anschluss von Forbach in Angriff genommen werden.

Bahnfernverkehr ausbauen!

Beim Bahnfernverkehr wurde das Saarland in den letzten Jahren immer stärker abgehängt. Die TGV-Verbindung macht langfristig nur Sinn, wenn die Strecke zwischen Saarbrücken und Mannheim endlich vernünftig ausgebaut wird. Wegen der Versäumnisse der Altparteien müssen die Züge noch durch viele Tunnels aus der Kaiserzeit langsam durchrollen. Die Strecke Paris-Frankfurt ist schon jetzt über Straßburg schneller als über Saarbrücken. Um ein völliges Abkoppeln des Saarlandes vom Bahnfernverkehr zu verhindern, besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Darüber hinaus muss an allen saarländischen Bahnhöfen und Bahnstationen ausnahmslos Barrierefreiheit hergestellt werden, damit die Mobilität von Behinderten sowie Müttern mit Kinderwagen flächendeckend gewährleistet ist.

Kostenfreie Fahrt für Schüler im ÖPNV!

Es ist an der Zeit, für alle Schüler Kostenfreiheit auch im ÖPNV herzustellen. Die Kosten dürfen nicht länger den Eltern aufgehalst werden. Wir müssen ein jugend- und schülerfreundliches Bundesland werden.

4. Umweltschutz ist Heimatschutz!

Tierschutz und Tierwohl

Die Haltung von Tieren in Deutschland ist zu verbessern. Dazu sind Haustiere und Tiere zur Ausübung von sportlichen Aktivitäten sowie Nutztiere zur Lebensmittelgewinnung differenziert zu betrachten. Die Gesundheit der Tiere zu erhalten ist eine zentrale Aufgabe aller Tierhalter. Tiergesundheit ist die Basis für eine leistungsfähige Landwirtschaft und die Produktion sicherer Lebensmittel.

Tiergerechte Haltungsbedingungen schaffen!

Tiere brauchen für die Erhaltung ihrer Gesundheit gute Haltungsbedingungen, eine wirksame Vorbeugung vor und Bekämpfung von Tierseuchen und Tierkrankheiten, geeignete Futtermittel sowie wirksame und zugelassene Tierarzneimittel. Wir Nationaldemokraten unterstützen eine gleichrangige Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte beim Umgang mit Tieren. Für einen aktiven Tierschutz sind 5 Kernthesen unabdingbar:

1. Freisein von Hunger, Durst und Fehlernährung
2. Freisein von ungeeigneter Unterbringung
3. Freisein von Schmerz, Krankheit und Verletzung
4. Freisein von Angst, vermeidbarer Belastung und Stress
5. Freiheit zu artgemäßem Verhalten

Verbot des betäubungslosen Schächtens!

Insbesondere das Schächten, also das Schlachten von Nutztieren ohne Betäubung ist für die Tiere mit großer Angst und erheblichen Leiden und Schmerzen verbunden. Die NPD fordert ein grundsätzliches und ausnahmsloses Verbot des Schächtens in Deutschland. Fleisch das durch betäubungsloses Schächten hergestellt wurde, darf weder gehandelt noch verkauft werden.

Gesunde Lebensmittel und konsequenter Verbraucherschutz

Verbraucher haben ein Recht auf gute, gesunde und bezahlbare Produkte, egal ob es sich um Lebensmittel, technische Geräte, Internetangebote oder Finanzdienstleistungen handelt.

Jeder soll wissen können, woher Produkte stammen, wie sie hergestellt wurden und was sie enthalten. Das Ziel der nationaldemokratischen Verbraucherschutzpolitik sind nachhaltige Produktionsprozesse, bei denen regelmäßig überprüft wird, ob gesetzliche Bestimmungen eingehalten werden. Von großer Bedeutung ist dabei eine starke und unabhängige Verbraucherzentrale, die mit entsprechenden Mitteln ausgestattet ist.

Regional ist erste Wahl!

Regionale Produkte stärken nicht nur die eigene Landwirtschaft in der Region, sondern bedeuten auch eine geringere Belastung für die Umwelt. Wir unterstützen die Schaffung und Etablierung eines einheitlichen, deutschlandweiten Siegels, welches über die regionale Herkunft der Produkte hinaus Kriterien wie „frei von Gentechnik“, „Tierwohl“ und „biologischer Anbau“ definiert.

Bio-Landwirtschaft statt Gen-Fras!

Mittelfristig wollen wir den Anteil des Öko-Anbaus an der landwirtschaftlichen Fläche mindestens verdoppeln. Es sollen wieder mehr Bauernhöfe den wirtschaftlichen Spielraum bekommen, von konventioneller auf Bio-Produktion umzustellen und nicht umgekehrt. Bio-Lebensmittel können gegenüber konventionell erzeugten Lebensmitteln gesundheitliche, ökologische und ethische Vorteile aufweisen. Dieser Genuss soll für alle bezahlbar sein.

5. Die Wirtschaft muss dem Volke dienen – nicht umgekehrt!

Förderung des Mittelstands!

Wir Nationaldemokraten setzen uns für eine stärkere Förderung des Mittelstandes ein. Der Mittelstand trägt im Saarland im hohen Maße zur Sicherung des Wohlstandes bei. Die Dialoge zwischen Land und Wirtschaft müssen intensiviert werden. Zur Schaffung der unabdingbaren Planungssicherheit für Unternehmen sollten behördliche Vorgänge entbürokratisiert und leicht verständliche Vorschriften geschaffen werden, die langfristig Bestand haben. Das Saarland soll als innovativer und wettbewerbsfähiger Standort mit vielen Möglichkeiten gelten. Wir bauen auf die enge Sozialpartnerschaft in den Betrieben vor

Ort. Unternehmer und Belegschaften sitzen in einem Boot. Nur wenn ein Unternehmen gut verdient, sind attraktive Löhne und sichere Arbeitsplätze möglich.

Nein zu TTIP, CETA und TISA!

Die EU-Kommission und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wollen durch die Freihandelsabkommen TTIP (Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen) und TISA (Transatlantisches Dienstleistungsabkommen) weitreichende Souveränitätsrechte der Nationalstaaten auf die EU übertragen. Dieses lehnen wir strikt ab. Der deutsche Rechtsstaat darf nicht durch demokratisch nicht legitimierte Schiedsgerichte ausgehöhlt werden.

6. Für eine nachhaltige Energiepolitik!

Energie muss bezahlbar bleiben!

Schonender Umgang mit Ressourcen und bestmöglicher Umweltschutz sind Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Versorgungssicherheit sowie bezahlbarer Energie. Der erhebliche Energiepreisanstieg durch die staatlich verordnete Energiewende muss gestoppt werden. Staatlich verursachte Kosten wie die EEG-Umlage führen dazu, dass die Energiepreise für die Bürger unbezahlbar und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes gefährdet ist. Energieversorgung ist kein Luxusgut. Strom, Wärme, Mobilität gehören zum Grundbedarf eines jeden saarländischen Bürgers.

Energieeinsparung durch Effizienzsteigerung!

Der weitere Ausbau erneuerbarer Energien, wie Windkraft, Biogas und Photovoltaik muss bedingungslos auf den realen Energiebedarf, dem Stromnetzzustand, Gesundheit und Lebensqualität der betroffenen Anwohner sowie der regionalen Akzeptanz Rücksicht nehmen. Wir Nationaldemokraten fordern im Saarland mehr Wettbewerb unter den Energieträgern. Die technisch und wirtschaftlich besten Technologien sollen sich durchsetzen, und nicht die am höchsten subventionierten! Wir setzen auf Energieeinsparung und Effizienzsteigerung bei der Energienutzung. Die Forschungsförderung muss hierzu technologieoffen, d.h. ohne ideologische Denkverbote erfolgen damit die Etablierung neuer Formen der Energieumwandlung eine Chance hat.